



Geschäfte des EFD 2017

2. Quartal

Bundesfinanzen

- **Konsolidierte Rechnung:** Der Bundesrat hat die konsolidierte Rechnung für das Jahr 2016 genehmigt. Im Jahresergebnis resultiert in den zentralen und dezentralen Einheiten des Bundes ein Überschuss von 400 Millionen Franken. (12.04.)
- **Finanzausgleich:** Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) hat die Ausgleichszahlungen der einzelnen Kantone für das Jahr 2018 ermittelt. Der Kanton Obwalden wechselt zur Gruppe der ressourcenstarken Kantone und der Kanton Waadt zu jener der ressourcenschwachen Kantone. Die stärkste Zunahme des Ressourcenindex verzeichnen die Kantone Nidwalden, Gené und Obwalden. Die Indizes der Kantone Zug, Neuenburg und Schaffhausen weisen den grössten Rückgang auf. Die Berechnungen werden den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet. (20.06.)
- **Voranschlag 2018:** Der Bundesrat hat den Voranschlag 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021 materiell verabschiedet. Im kommenden Jahr werden Vorlagen budgetwirksam (NAF, Reform Altersvorsorge), die den Bundeshaushalt zusammen mit den steigenden Sicherheits- und Asylausgaben zusätzlich belasten. Um die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten zu können, drosselte der Bundesrat das Ausgabenwachstum in verschiedenen Bereichen. Die finanziellen Aussichten bleiben angespannt. (28.06.)

Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **Europäische Grenz- und Küstenwache:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der EU-Verordnung über die neue europäische Grenz- und Küstenwache verabschiedet. Die Verordnung bildet die Grundlage für eine Stärkung des Aussengrenzschutzes und bei der Rückkehr von rechtswidrigen Aufenthaltstiteln aus Drittstaaten im Schengen-Raum. (17.05.)
- **Zivile Bundesbauten:** Der Bundesrat hat die Botschaft 2017 über die zivilen Immobilien verabschiedet. Er beantragt darin dem Parlament zwei Gesamtkredite von insgesamt 446,3 Millionen Franken sowie zusätzlich einen Verpflichtungskredit „ZAS“ über 196 Millionen Franken. (24.05.)
- **AIA mit 41 Staaten und Territorien:** Der Bundesrat hat die Botschaft über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) über Finanzkonten mit 41 Staaten und Territorien verabschiedet. Die Umsetzung ist für 2018 geplant, die ersten Daten sollen 2019 ausgetauscht werden. Mit dem Ausbau ihres AIA-Netzwerks auf den Grossteil der G20- und der OECD-Staaten sowie auf andere wichtige Finanzplätze der Welt stärkt die Schweiz ihre internationale Stellung. (16.06.)
- **DBA mit Lettland:** Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem revidierten Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Lettland auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen verabschiedet. Die Botschaft wurde den eidgenössischen Räten zur Genehmigung vorgelegt. (28.06.)

- **Versicherungsvertragsgesetz:** Der Bundesrat hat die Botschaft für eine Teilrevision des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) verabschiedet. Das Gesetz regelt die Beziehungen zwischen Versicherungen und ihren Kundinnen und Kunden. Im Rahmen der Vernehmlassung stiess die Vorlage auf insgesamt positive Resonanz. (29.06.)

Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **Umtauschfrist für alte Banknotenserien:** Der Bundesrat hat sich mit der Umtauschfrist für alte Banknotenserien befasst. Im Einvernehmen mit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) schlägt er die Aufhebung dieser Frist vor. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) wurde beauftragt, bis Ende August 2017 eine Vernehmlassungsvorlage mit den erforderlichen Gesetzesänderungen auszuarbeiten. (05.04.)
- **Kinderdrittbetreuungskosten:** Kinderdrittbetreuungskosten sollen steuerlich stärker absetzbar sein. Das hat der Bundesrat beschlossen. Bei der direkten Bundessteuer sollen bis zu 25'000 Franken abzugsfähig sein. Der Bundesrat will die Kantone zudem verpflichten, mindestens einen Abzug von 10'000 Franken zu gewähren. Der Vorschlag des Bundesrates geht nun in die Vernehmlassung. (05.04.)
- **Eigenmittelverordnung:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat eine Vernehmlassung zur Änderung der Eigenmittelverordnung eröffnet. Mit der Revision sollen für sämtliche Banken eine nicht risikobasierte Höchstverschuldungsquote sowie neue Regeln zur Risikoverteilung eingeführt werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 14. Juli 2017. Parallel zur Vernehmlassung wird eine vertiefte Wirkungsstudie durchgeführt. (07.04.)
- **Eigenkapitalaufbau bei Banken:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Berechnung des Beteiligungsabzuges bei Too-big-to-fail(TBTF)-Instrumenten eröffnet. Es verhindert eine Mehrbelastung aufgrund der Ausgabe von gewissen Finanzinstrumenten, um den Eigenkapitalaufbau der Banken zu erleichtern. (09.06.)
- **Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA:** Der Bundesrat hat ein Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf eines Amtshilfeabkommens im Zollbereich mit den USA eröffnet. Das Abkommen ist nicht zuletzt deshalb im Interesse der Schweizer Wirtschaft, da es Voraussetzung für den Abschluss eines allfälligen Abkommens über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen ist. (21.06.)
- **E-Vignette:** Die bisherige Autobahnvignette soll durch eine elektronische Erhebungsform ersetzt werden. Der Jahrespreis von 40 Franken bleibt unverändert. Rabatte für eine kürzere Nutzungsdauer sind nicht vorgesehen. Der Bundesrat strebt eine möglichst weitgehende Auslagerung des Vollzugs an Dritte an. Er hat das revidierte Nationalstrassenabgabegesetz in die Vernehmlassung geschickt. (21.06.)
- **Verrechnungssteuer:** Der Anspruch auf Rückerstattung der Verrechnungssteuer soll in gewissen Fällen auch bei Nachdeklarationen und Aufrechnungen erhalten bleiben. Das hat der Bundesrat beschlossen. Die Vorlage geht nun in die Vernehmlassung. Sie betrifft natürliche Personen mit Wohnsitz im Inland. (28.06.)

Internationales

- **Asienreise:** Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), führte vom 12. bis 19. April 2017 eine Delegation des Bundes und der Schweizer Finanzplatzakteure an, die sich nach Peking, Shanghai, Hong Kong und Singapur begab. (19.04.)
- **IWF-Frühjahrstagung:** Bundesrat Ueli Maurer als Schweizer Delegationsleiter, Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann und Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, nahmen an der gemeinsamen Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe vom 21. bis 23. April 2017 in Washington, DC, teil. Bundesrat Maurer vertrat die

Schweiz am vorher stattfindenden Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20. (23.04.)

- **Exporte:** Von Januar bis März 2017 nahmen die Exporte arbeitstagbereinigt um 2,4 % zu (real: - 0,1 %), wogegen die Importe stagnierten (real: - 4,2 %). Für das Exportwachstum massgebend war die chemisch-pharmazeutische Sparte: ohne diese hätte ein Minus von 2,5 % resultiert. Die Handelsbilanz schloss mit einem neuen Rekordüberschuss von 10,8 Mrd. Fr. (27.04.)
- **DBA mit Kosovo:** Die Schweiz und Kosovo haben in Pristina ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen unterzeichnet. Das Abkommen gewährleistet Rechtssicherheit und einen vertraglichen Rahmen, der sich vorteilhaft auf die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Staaten auswirken wird, zwischen denen seit 2011 kein DBA mehr in Kraft ist. (26.05.)
- **BEPS-Übereinkommen:** Die Schweiz hat in Paris das multilaterale Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Massnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung unterzeichnet. Das Übereinkommen dient der Schweiz insbesondere zur effizienten Anpassung von Doppelbesteuerungsabkommen an die im Rahmen des BEPS-Projekts vereinbarten Mindeststandards. Die Schweiz wird diese Mindeststandards entweder im Rahmen des multilateralen Übereinkommens oder auf dem Weg der bilateralen Aushandlung von Doppelbesteuerungsabkommen umsetzen. (07.06.)
- **FATF-Länderbericht:** Der Bundesrat hat die Stossrichtung für die Folgearbeiten zum vierten FATF-Länderbericht festgelegt. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) wurde beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten. (28.06.)

Reformprojekte des Bundesrates

- **Steuervorlage 17:** Das Steuerungsorgan aus Bund und Kantonen hat eine erste Runde von Anhörungen mit den politischen Parteien, den Städten, den Gemeinden, den Kirchen und der Wirtschaft über die Steuervorlage 17 abgeschlossen. Es besteht ein breiter Konsens hinsichtlich der Notwendigkeit und den Zielen dieses Projekts. (10.04.)
- **Steuervorlage 17:** Das Steuerungsorgan aus Vertretern von Bund und Kantonen hat Empfehlungen zuhanden des Bundesrates für eine ausgewogene Steuervorlage 17 (SV17) verabschiedet. Es erachtet die rasche Verabschiedung und Umsetzung einer neuen Vorlage zur Reform der Unternehmensbesteuerung als dringlich. (01.06.)
- **Steuervorlage 17:** Der Bundesrat hat eine Diskussion über die steuerpolitische Reformagenda geführt und dabei die Eckwerte der Steuervorlage 17 (SV17) verabschiedet. Er hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, ihm bis September eine Vernehmlassungsvorlage zur SV17 zu unterbreiten. Der Bundesrat plant, die Botschaft zur SV17 voraussichtlich im Frühjahr 2018 zusammen mit der Botschaft zur Reform der Ehegattenbesteuerung zu beraten. Zu diesem Zeitpunkt wird er über eine mögliche Etappierung der Vorlagen entscheiden. (09.06.)

Wichtige Verordnungen

- **Schwerverkehrsabgabeverordnung:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat die Vernehmlassung zur Revision der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV) eröffnet. Die interessierten Kreise können sich bis zum 9. Oktober 2017 zum Verordnungsentwurf äussern. (22.06.)
- **Lohnsystem:** Der Bundesrat passt das Lohnsystem der Bundesverwaltung aufgrund einer Analyse in den Aspekten Lohnentwicklung, Leistungsprämien, Arbeitsmarktzulagen und Zusatzklassen an. Er hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, ihm eine entsprechende Änderung der Bundespersonalverordnung (BPV) zu unterbreiten. (28.06.)

Weitere EFD-Geschäfte

- **PUBLICA:** Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr mit einem Gesamtdeckungsgrad von 102,9 Prozent (Vorjahr 100,1 Prozent) zurück. Keines der 20 Vorsorgewerke befand sich per Ende 2016 in Unterdeckung. Dies ist der erfreulichen Netto-Gesamtrendite von 5,06 Prozent (Vorjahr -1,93 Prozent) zu verdanken, die PUBLICA mit zwei unterschiedlichen Anlagestrategien auf einem gesamten Anlagevermögen von rund 38 Milliarden (Vorjahr 36,5 Milliarden) Schweizer Franken erwirtschaftet hat. Die Verwaltungskosten konnten 2016 auf 181 Franken pro versicherte und rentenbeziehende Person weiter gesenkt werden, während das sehr hohe Niveau der Kundenzufriedenheit erneut bestätigt wurde. Im Hinblick auf eine langfristige Sicherung der Leistungen hat die Kassenkommission Ende März 2017 beschlossen, per 01.01.2019 die technischen Grundlagen zu aktualisieren und den technischen Zinssatz sowie den Umwandlungssatz zu senken. (04.04.)
- **Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“:** Der Bundesrat lehnt auch den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» ab. Das geht aus der Stellungnahme des Bundesrates zuhanden der Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK-S) hervor. Der Bundesrat hat die Stellungnahme verabschiedet. (05.04.)
- **Vorsorgewerk Bund:** Weil die Abrechnung der Verwaltungskosten neu geregelt wurde, musste der Anschlussvertrag, das Service Level Agreement Dienstleistungen und das Service Level Agreement Gesundheit angepasst werden. Der Bundesrat hat das neue Regelwerk genehmigt. (05.04.)
- **Nationales Jugendsportzentrum Tenero:** Zur Erweiterung des nationalen Jugendsportzentrums Tenero (CST) wird das Schwimmsportzentrum ausgebaut. Dafür hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) einen Projektwettbewerb durchgeführt. Das Siegerprojekt setzt ein starkes Zeichen für das Zentrum im Tessin. (07.04.)
- **Mehrwertsteuer:** Der Bundesrat ist mit einer weiteren befristeten Verlängerung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes von 3,8 Prozent für Beherbergungsleistungen bis Ende 2027 einverstanden. Er hat seine Stellungnahme zuhanden des Parlaments verabschiedet. (12.04.)
- **Internet:** Der 24. Halbjahresbericht der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) befasst sich mit den wichtigsten Cyber-Vorfällen der zweiten Jahreshälfte 2016 im In- und Ausland. Im Schwerpunktthema widmet sich der Bericht dem immer bedeutender werdenden Internet der Dinge. (20.04.)
- **E-Government:** Der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz hat zusätzliche finanzielle Mittel für die Etablierung des elektronischen Kanals für Wahlen und Abstimmungen beschlossen. Im Rahmen des Schwerpunktplans stehen damit 2017 zusätzlich 0,53 Millionen Franken zur Verfügung. Der Steuerungsausschuss hat zudem den Jahresbericht 2016 seiner Geschäftsstelle genehmigt. (26.04.)
- **IKT-Strategie:** Der Bundesrat hat den aktualisierten Masterplan zur IKT-Strategie des Bundes 2016–2019 gutgeheissen. Dieser legt die Schwerpunkte zur Strategieumsetzung für die Jahre 2017 und 2018 fest. (26.04.)
- **Cyber-Risiken:** Die erste nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) ist im letzten Jahr ihrer Umsetzung. Der Bundesrat hat angesichts der weiterhin zunehmenden Bedrohung durch Cyber-Risiken entschieden, die Ausarbeitung einer Nachfolgestrategie in Auftrag zu geben. Die Strategie soll der aktuellen Bedrohungslage entsprechen und den Ergebnissen der vorliegenden Wirksamkeitsüberprüfung der NCS Rechnung tragen. Zur Weiterführung der Arbeiten verlängert der Bundesrat die Finanzierung der bisherigen NCS-Stellen. (26.04.)
- **Sondermünzen:** Die Eidgenössische Münzstätte Swissmint lancierte zwei neue Sondermünzen für Sammler und Liebhaber. Rechtzeitig zum Eidgenössischen Jodlerfest in Brig-Glis erscheint eine silberne Jodlermünze. Thema der zweiten Silbermünze ist der älteste Schaufelraddampfer der Schweiz, die «Uri». Mit dieser

- Neuprägung startet die Swissmint die neue dreiteilige Serie «Schweizer Dampfschiffe». (04.05.)
- **Kassenkommission PUBLICA:** Der Bundesrat hat die Arbeitgebervertretung des Bundes in der Kassenkommission PUBLICA für die vierjährige Amtsdauer vom 1. Juli 2017 bis zum 30. Juni 2021 gewählt. Neu nimmt Bruno Parnisari, Vizedirektor des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV), Einsitz in der Kommission. (10.05.)
 - **Vorsorgereglemente:** Aufgrund von Neuerungen im Scheidungsrecht mussten die Vorsorgereglemente von Bund und dezentralen Verwaltungseinheiten angepasst werden. Der Bundesrat hat die neuen Regelwerke genehmigt. (10.05.)
 - **Lohnmassnahmen 2018:** Bundesrat Ueli Maurer hat sich mit den Spitzen der Personalverbände der Bundesverwaltung getroffen. Neben dem Ausblick auf die Lohnmassnahmen 2018 für das Bundespersonal waren auch die Anpassung des Lohnsystems und die Senkung des technischen Zinssatzes bei PUBLICA Gesprächsthemen. (23.05.)
 - **E-Government-Studie:** Die Geschäftsstelle E-Government Schweiz lanciert in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) eine neue Studienreihe zur Ausbreitung und zum Nutzen von E-Government. Im Rahmen der Studie wird eine repräsentative Umfrage bei der Bevölkerung, der Wirtschaft und den Behörden durchgeführt. (31.05.)
 - **Neues Verwaltungsgebäude:** In einem feierlichen Akt wurde der Grundstein für die Erweiterung des Verwaltungszentrums Ittigen auf dem Areal der ehemaligen Gurit-Worbla AG gelegt. Bis 2020 entsteht auf dem ehemaligen Industrieareal ein Neubau mit insgesamt 600 Arbeitsplätzen für das Bundesamt für Strassen (ASTRA). (01.06.)
 - **Mehrwertsteuergesetz:** Am 1. Januar 2018 tritt die vom Parlament beschlossene Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes in Kraft. Das hat der Bundesrat beschlossen. Das revidierte Mehrwertsteuergesetz trägt wesentlich zum Abbau mehrwertsteuerbedingter Wettbewerbsnachteile inländischer Unternehmen bei. Die Versandhandelsregelung wird ein Jahr später in Kraft treten. (02.06.)
 - **Vergütungen des obersten Kaders in den bundesnahen Unternehmen:** Um die Vergütung des obersten Kaders in bundesnahen Unternehmen stärker zu steuern, hat der Bundesrat im November 2016 Massnahmen beschlossen. Er hat Musterbestimmungen für die Statuten der grossen Aktiengesellschaften des Bundes verabschiedet. Damit können die beschlossenen Massnahmen umgesetzt werden. (21.06.)
 - **Kassenkommission PUBLICA:** Prisca Grossenbacher-Frei, Vizedirektorin des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, wird per 1. Juli 2017 neue Präsidentin der Kassenkommission PUBLICA. Sie löst damit Matthias Remund (Direktor des Bundesamtes für Sport) ab, der seinerseits die Funktion des Vizepräsidenten übernehmen wird. (27.06.)
 - **EZV:** Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes (EFD), Bundesrat Ueli Maurer, hat Vizedirektorin Michaela Schärer und den Chef des Grenzwachtkorps, Jürg Noth, per 1. Juli 2017 zur Stellvertretenden Direktorin bzw. zum Stellvertretenden Direktor der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) ernannt. (27.06.)
 - **Stellenbegehren:** Der Bundesrat hat im Rahmen seiner Gesamtbeurteilung Ressourcen im Personalbereich zahlreiche Stellenbegehren zurückgestellt. (28.06.)
 - **Systemrelevante Banken:** Der Bundesrat hat den Evaluationsbericht zu den systemrelevanten Banken verabschiedet. Darin kommt er zum Schluss, dass das Regulierungsmodell nicht grundlegend angepasst werden muss. Gone-concern-Kapitalanforderungen sollen neu nicht nur für die beiden Grossbanken, sondern auch für die inlandorientierten systemrelevanten Banken bestehen. (28.06.)
 - **SAP:** Die zentrale Bundesverwaltung setzt seit vielen Jahren als Kernsystem zur Unterstützung der Supportprozesse die Software des Herstellers SAP ein. Im Rahmen der zurzeit erarbeiteten IKT-Strategie für ERP 2023 hat der Bundesrat entschieden, dass die neue SAP-Softwaregeneration auch künftig als Kernsystem für die Supportprozesse eingesetzt werden soll. (28.06.)

- **Besondere Personalkategorien:** Der Bundesrat hat im Grundsatz beschlossen, für die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung, die unter die Verordnung über die Pensionierung von Angehörigen der besonderen Personalkategorien (VPABP) fallen, das Pensionierungsalter 65 anzustreben. Heute treten diese Mitarbeitenden je nach Funktion ab 60 Jahren vorzeitig in den Ruhestand. (29.06.)
- **Ausbildungshalle in Magglingen:** Für eine neue Sporthalle auf dem Areal des Nationalen Sportzentrums in Magglingen hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) einen Projektwettbewerb durchgeführt. Das Siegerprojekt kommt aus Freiburg. Eine Ausstellung präsentiert die eingereichten Wettbewerbsentwürfe. (29.06.)

Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

In der Sondersession verabschiedete Vorlagen

- **Hotels:** Hotels sollen auch in Zukunft weniger Mehrwertsteuer zahlen als andere Betriebe. Der Nationalrat hat beschlossen, den Sondersatz von 3,8 Prozent dauerhaft ins Gesetz zu schreiben. Dass die Hotellerie wegen des Strukturwandels und des starken Frankens mit Problemen kämpft, war allgemein anerkannt. Auch die von der Kommission vorgeschlagene Verlängerung des Sondersatzes um zehn Jahre wurde von einer grossen Mehrheit des Rats unterstützt. Die bürgerliche Mehrheit setzte jedoch durch, dass das Mehrwertsteuer-Privileg dauerhaft ins Gesetz geschrieben wird. Nun muss sich der Ständerat mit dem Hotellerie-Sondersatz befassen. (04.05)
- **Währungshilfe:** Die Schweiz soll sich weiterhin an Massnahmen zur Stabilisierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems beteiligen können. Der Nationalrat hat den Währungshilfebeschluss verlängert und einer Gesetzesrevision zugestimmt, mit welcher die maximale Laufzeit für die Währungshilfe verlängert wird. Die Befürworter betonten, die Schweiz sei auf ein stabiles internationales Finanz- und Währungssystem angewiesen. Sie habe alles Interesse daran, im Krisenfall mitzuhelfen, einen Zusammenbruch zu verhindern. Gegen die Vorlage stellte sich die SVP. Aus ihrer Sicht schmälert die Gesetzesrevision die Unabhängigkeit der Nationalbank. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. (04.05.)
- **Informatik:** Für den Umzug der Informatik eines Teils der Bundesverwaltung nach Frauenfeld hat der Nationalrat 41,2 Millionen Franken bewilligt. Notwendig wird der Umzug wegen der Zentralisierung der Rechenzentren. Dem geplanten Rechenzentrum-Verbund gehören zwei Zentren mit militärischem Vollschatz an, ein ziviles und ein gemischtes Rechenzentrum. Das militärisch-zivile Rechenzentrum wird auf dem Kasernenareal Auenfeld in Frauenfeld erstellt und heisst CAMPUS. Die Mittel für den Neubau hat der Nationalrat schon früher genehmigt. Nun wird der Umzug der Hardware und die Migration der Daten in Angriff genommen. (04.05.)
- **Teuerung:** Für verschiedene Bundesausgaben wird seit Jahren eine nicht existierende Teuerung ausgeglichen. Das Parlament will diesem ungewollten Ausgabenwachstum nun einen Riegel schieben. Nach der kleinen Kammer hat auch der Nationalrat eine Motion des Urner FDP-Ständerats Josef Dittli angenommen. Diese verlangt, dass die Teuerung grundsätzlich nur dann ausgeglichen wird, wenn tatsächlich eine Teuerung anfällt. Der Bundesrat hat dem Phänomen bereits Rechnung getragen. Die Ausgaben wurden im Rahmen der Sparprogramme gekürzt. Zudem will er im Rahmen der Budgets reagieren. (04.05.)
- **Sparregeln:** Der Nationalrat will dem Bundesrat Sparvorgaben machen. Sparen soll der Bund vor allem in jenen Bereichen, die stark gewachsen sind. Zudem soll er lieber auf bestimmte Aufgaben verzichten als überall ein wenig sparen. Mit 99 zu 84 Stimmen hat der Nationalrat eine Motion seiner Finanzkommission angenommen. Stimmt der Ständerat ebenfalls zu, muss der Bundesrat das Finanzhaushaltgesetz ändern. Die Gegner argumentierten vergeblich, die Entwicklung der Ausgaben in der Vergangenheit sei kein geeignetes Kriterium. Ein Ja zur Motion würde bedeuten, dass bei der Bildung gespart werden müsste, gab Finanzminister Ueli Maurer zu bedenken. (04.05.)

- **Personalbremse:** Der Bundesrat muss dem Parlament Vorschläge für eine Personalbremse analog zur Ausgabenbremse vorlegen. Der Nationalrat hat mit 106 zu 83 Stimmen bei 1 Enthaltung ein Postulat von Petra Gössli (FDP/SZ) angenommen. Die FDP-Präsidentin argumentierte, die Regulierungsflut lähme die Wirtschaft. Deshalb sollte die Hürde für Regulierungen erhöht werden, die zu mehr Personal führten. Nach Gösslis Vorschlag müssten solche Regulierungen künftig mit einem qualifizierten Mehr angenommen werden, also von der Mehrheit der Mitglieder jedes Rates. Finanzminister Ueli Maurer stellte sich dagegen. Er wies darauf hin, dass laufend neue Aufgaben auf die Bundesverwaltung zukämen. Die Personalkosten machten nur 8 Prozent des Budgets aus, der Anteil sei konstant. (04.05.)
- **Billag:** Der Nationalrat verlangt, dass die zu Unrecht erhobene Mehrwertsteuer auf Radio- und Fernsehempfangsgebühren zurückerstattet wird, und zwar rückwirkend auf fünf Jahre. Er hat eine Motion von Sylvia Flückiger (SVP/AG) klar gutgeheissen. Das Bundesgericht hatte im April 2015 entschieden, dass die Gebühren nicht der Mehrwertsteuerpflicht unterstehen. Seither wird die Steuer nicht mehr erhoben. Zu Unrecht erhobene Mehrwertsteuern müssen die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler jedoch einzeln zurückfordern. Stimmt auch der Ständerat der Motion zu, muss der Bundesrat die Grundlagen für eine generelle Rückerstattung ausarbeiten. (04.05.)
- **Krankenkassen:** Der Nationalrat will, dass die Krankenkassenprämien von den Steuern abgezogen werden können. Er hat eine Motion von alt Nationalrat Markus Lehmann (CVP/BS) mit 129 zu 53 Stimmen angenommen. Lehmann verlangt, die Abzüge nach Einkommen abzustufen, um Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen zu entlasten. Für Finanzminister Ueli Maurer ist der Abzug nicht grundsätzlich undenkbar, da es sich um unvermeidliche Lebenshaltungskosten handelt. In der Praxis werde es aber kompliziert, sagte er. Zudem handle es sich um eine verkappte Reichensteuer. Der pauschale Abzug decke die Prämien in der Regel ab, da tiefe Einkommen von Prämienverbilligungen profitierten, sagte Maurer. Die Motion geht nun an den Ständerat. (04.05.)
- **Zoll:** Am Grenzübergang Chiasso-Brogeda soll ein effizienteres Abfertigungsverfahren eingeführt werden. Der Nationalrat hat eine Motion von Fabio Regazzi (CVP/TI) mit 137 zu 52 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Dieser argumentierte, das Verfahren Transito habe die Staus an der Zollstelle Basel/Weil stark reduziert. Es sollte auch in Chiasso angewendet werden. Finanzminister Ueli Maurer stellte fest, es bestehe seit langem ein Projekt für ein effizienteres Verfahren in Chiasso. Dieses sei am Widerstand Italiens gescheitert. Die Lastwagenzahlen hätten jedoch abgenommen. Der Bundesrat erachte Massnahmen deshalb nicht als dringend. Das Zollprojekt DaziT werde das Problem in einigen Jahren ohnehin lösen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. (04.05.)
- **Grenzen:** Der Nationalrat verlangt vom Bundesrat Vorschläge, wie die Produktivität von Zoll und Grenzwaache gesteigert werden können. Er hat eine Motion der FDP-Fraktion mit diesem Anliegen angenommen. Ihr geht es um eine technische Modernisierung und mehr Personal. Laut Fraktionssprecher Walter Müller (SG) besteht auch bei der Informatik und den Immobilien Handlungsbedarf. Hingegen will der Nationalrat dem Bundesrat nicht vorschreiben, die Grenzkontrollen stärker auf den Schutz vor kriminellen Banden auszurichten. Er hat eine Motion von Sylvia Flückiger (SVP/AG) mit diesem Anliegen abgelehnt. Es könne nicht sein, dass die Grenzwaache nur gerade dort eingreife, wo es brenne, sagte Flückiger. Finanzminister Ueli Maurer erinnerte daran, dass das Parlament bereits zahlreiche andere Aufträge an das Grenzwaachkorps formuliert habe. (04.05.)
- **Internet:** Der Nationalrat will Investitionen in schnelle Internetverbindungen in den Randregionen begünstigen. Er hat eine Motion von Jean-Paul Gschwind (CVP/JU) mit 101 zu 73 Stimmen angenommen. In vielen Randregionen der Schweiz sei die Breitbandversorgung nur sehr lückenhaft oder gar nicht vorhanden, sagte er. Das sei nachteilig für die wirtschaftliche und die demografische Entwicklung. Investiert werde vor allem in den dicht besiedelten Städten und Agglomerationen. Das bestritt

Finanzminister Ueli Maurer nicht. Die minimalen Übertragungsraten in der Grundversorgung würden jedoch laufend nach oben angepasst. Zudem sei nicht ausgeschlossen, dass das Breitband-Internet in einigen Jahren bereits eine veraltete Technologie sei. (04.05.)

- **Bauprodukte:** Der Bundesrat muss prüfen, mit welchen Massnahmen die Belastung für die KMU bei der Umsetzung des Bauproduktgesetzes reduziert werden kann. Der Nationalrat hat ein Postulat von Daniel Fässler (CVP/AI) mit 139 zu 50 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Der Bundesrat will dieser Frage aber ohnehin nachgehen, wie Finanzminister Ueli Maurer sagte. Das Anliegen sei berechtigt, stellte er fest. Fässler begründete seinen Vorstoss damit, dass die Belastungen mit dem neuen Bauproduktgesetz gestiegen seien. (04.05.)
- **Auslandschweizer:** Der Bundesrat muss nicht sicherstellen, dass alle Auslandschweizer bei einer systemrelevanten Schweizer Bank ein Konto eröffnen und zu vernünftigen Bedingungen unterhalten können. Der Nationalrat hat eine Motion von Roland Büchel (SVP/SG) mit 82 zu 79 Stimmen bei 29 Enthaltungen abgelehnt. Der Motionär stellte fest, die im Ausland lebenden Schweizer hätten immer grössere Schwierigkeiten - auch jene, die nur temporär im Ausland weilten. Sie würden als Kunden ausgeschlossen oder mit horrenden Gebühren geschröpft. Das sei unhaltbar, zumal die Banken von einer impliziten Staatsgarantie profitierten. Finanzminister Ueli Maurer sagte, es müsse den Banken freistehen zu entscheiden, welche Geschäfte sie machten. Sie zu Risiken zu zwingen, wäre falsch. (04.05.)
- **Bundessteuer:** Der Bundesrat muss nicht prüfen, wie stark die Mehrheitssteuer erhöht werden müsste, wenn die Bundessteuer für natürliche Personen abgeschafft würde. Der Nationalrat hat ein Postulat von Hans-Peter Portmann (FDP/ZH) abgelehnt. Der Bundesrat gab die Zahlen in seiner Antwort auf den Vorstoss bekannt: Der Normalsatz müsste um 3,4 Prozentpunkte erhöht werden. 10 Prozent der Bevölkerung zahlten 80 Prozent der Bundessteuer, stellte Finanzminister Ueli Maurer fest. Diese würden entlastet, die anderen belastet. Eine solche Umverteilung sei politisch nicht möglich und auch nicht sinnvoll. (04.05.)
- **Gebühren:** Der Nationalrat ist dagegen, sämtliche Verbrauchssteuern, Abgaben und Gebühren von der Mehrwertsteuer zu befreien. Er hat eine Motion von Hansjörg Knecht (SVP/AG) abgelehnt. Knecht wollte damit den Produktionsstandort Schweiz stärken. Ständig steigende Steuern und Abgaben setzten der Wirtschaft zu, sagte er. Dagegen liesse sich mit der Mehrwertsteuerbefreiung rasch etwas tun. Die Einnahmeausfälle beim Bund würden laut Knecht durch den höheren Konsum wettgemacht. Finanzminister Ueli Maurer warnte vor dem grossen bürokratischen Aufwand, der damit verbunden wäre. (04.05.)
- **Versicherungen:** Der Nationalrat will das Anbieten nutzloser Versicherungen nicht verbieten. Er hat eine Motion von Thomas Hardegger (SP/ZH) abgelehnt. Dieser nannte Beispiele: Versicherungen für Bettlägrige zu Aufenthalten im Ausland, Taggeldversicherungen für über 70-Jährige, Hausratsversicherungen für ausländische Studierende mit gemietetem Zimmer. Die Betroffenen würden von windigen Maklern hereingelegt, sagte Hardegger. Die Wirtschaftsfreiheit müsse Grenzen haben. Finanzminister Ueli Maurer gab zu bedenken, es sei kaum möglich, einen Nutzen auszuschliessen. Der Staat könne nicht jeden Bürger und jede Bürgerin vor einer Dummheit bewahren. (04.05.)
- **Nationalbank:** Der Nationalrat will nicht drauf drängen, dass die Nationalbank die Stabilität von Preisen und Konjunktur gewährleistet. Er hat eine Motion der SP-Fraktion abgelehnt. Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL) stellte fest, die Nationalbank verfehle die gesetzlich verankerten Ziele. Der Bundesrat müsse sich dafür einsetzen, dass diese erreicht würden. Die Unabhängigkeit der Nationalbank sei nicht absolut. Finanzminister Ueli Maurer sagte, nicht die Nationalbank sei schuld an den Entwicklungen, sondern der schwache Euro. Dieser wiederum sei das Problem der strukturell schwachen Euro-Länder. (04.05.)
- **Trinkwasser:** Der Bundesrat muss nicht prüfen, wie der Bund sicherstellen könnte, dass in der Verwaltung vermehrt Leitungswasser statt Mineralwasser angeboten wird. Der Nationalrat hat ein Postulat von Martina Munz (SP/SH) abgelehnt. Diese

argumentierte mit der höheren Umweltbelastung durch Mineralwasser und der guten Qualität des Leitungswassers. Finanzminister Ueli Maurer sagte, es existiere bereits ein Konzept, wonach Leitungswasser zu bevorzugen sei. Einzelne Bundesämter setzten ganz auf solches Wasser. Bei offiziellen Anlässen mit ausländischen Besuchern sei es aber üblich, auch Wasser in geschlossenen Flaschen zur Verfügung zu stellen. (04.05.)

- **China:** Der Bundesrat muss sich nicht dafür einsetzen, die Schweiz als Standort für die Verwaltung chinesischer Privatvermögen zu positionieren. Der Nationalrat hat eine Motion von Hans-Peter Portmann (FDP/ZH) mit diesem Anliegen abgelehnt. Portmann ging es darum, die Abhängigkeit der Schweiz von der EU und den USA zu verringern. Mit dem gleichen Ziel wollte er den Bundesrat beauftragen, die Implementierung einer Schweizer Handelsplattform für in Renminbi kotierte Rohstoffe zu unterstützen. Diese Motion lehnte der Nationalrat aber ebenfalls ab. Nach Ansicht von Finanzminister Ueli Maurer ist es Sache des Marktes, die Schweiz für das Vermögensverwaltungsgeschäft mit chinesischen Kunden und für das internationale Handels- und Finanzierungsgeschäft zu positionieren. Er erinnerte auch daran, dass die Einschränkungen auf Seiten Chinas liegen. (04.05.)
- **Einkaufstourismus:** Bis zu einem Wert von 300 Franken sind Einkäufe im Ausland Mehrwertsteuerfrei. Davon profitieren viele Einkaufstouristen. Der Nationalrat ist aber dagegen, den Einkauf im Ausland mit einer Senkung des Freibetrags weniger attraktiv zu machen. Er hat eine Motion von Markus Hausammann (SVP/TG) mit 99 zu 83 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Der geltende Freibetrag lade geradezu dazu ein, den alltäglichen Konsumbedarf steuerfrei im Ausland zu decken, sagte der Motionär. Nach Ansicht von Finanzminister Ueli Maurer ist jedoch nicht die Höhe der Wertfreigrenze der Grund für den boomenden Einkaufstourismus, sondern die Frankenstärke und der Preisunterschieden zum Ausland. (04.05.)

In der Sommersession verabschiedete Vorlagen

- **Glücksspiele:** Lottomillionäre und -millionärinnen sollen ihren Gewinn weiterhin versteuern müssen. Anders als der Nationalrat und der Bundesrat will der Ständerat Gewinne aus Geldspielen nicht generell von der Steuer befreien. Die kleine Kammer hat bei der zweiten Beratung des Geldspielgesetzes an ihrem früheren Beschluss festgehalten. Sie folgte mit 30 zu 12 Stimmen ihrer vorberatenden Rechtskommission. Demnach sollen nur Gewinne von unter einer Million Franken von den Steuern befreit werden. Casino-Gewinne sind bereits heute von den Steuern befreit. Gewinne von mehr als 1000 Franken aus Sportwetten und Lotterie müssen dagegen versteuert werden. Als nächstes beugt sich der Nationalrat über diese und weitere verbleibenden Differenzen. (29.05.)
- **Stress:** Der Nationalrat will keinen Bericht über die Gesundheit am Arbeitsplatz in den bundesnahen Unternehmen SBB, Post und Swisscom. Er hat ein Postulat von Jean Christoph Schwaab (SP/VD) abgelehnt. Nach seinem Willen sollte der Bericht vor allem auf den Stress am Arbeitsplatz und krankheitsbedingte Arbeitsausfälle eingehen. Die Mitarbeitenden gerieten wegen häufiger Umstrukturierungen zunehmend unter Druck, argumentierte er. Es handle sich längst nicht mehr um Einzelfälle. Der Bundesrat lehnte den Vorstoss ab. Bundespräsidentin Doris Leuthard stellte fest, das Thema sei wichtig, doch sei der Bundesrat nicht zuständig. Die Verantwortung liege bei den Unternehmen und den Sozialpartnern. (30.05.)
- **Bundesfinanzen I:** Der Bund soll die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer auch nach 2020 erheben dürfen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einer Verlängerung bis 2035 zugestimmt. Die kleine Kammer folgte oppositionslos ihrer vorberatenden Wirtschaftskommission, welche sich mit 10 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung für die neue Finanzordnung 2021 ausgesprochen hatte. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Da die neue Finanzordnung 2021 eine Veränderung der Verfassung darstellt, muss sie obligatorisch Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden. Sie soll auf den 1. Januar 2021 in Kraft treten. (30.05.)

- **Bundesfinanzen II:** Der Ständerat hat die Staatsrechnung 2016 des Bundes sowie die drei Sonderrechnungen einstimmig angenommen. Die Rechnung schloss mit einem Überschuss von rund 800 Millionen Franken. Auch der Nationalrat dürfte der Rechnung voraussichtlich zustimmen. Dies beantragt seine Kommission einstimmig. Mit grosser Mehrheit werden auch die Sonderrechnungen unterstützt. Der Bundesrat plant trotz des grossen Plus in der letztjährigen Rechnung weitere Sparmassnahmen. Das positive Resultat führt er auf die Negativzinsen zurück. Ohne die Auswirkungen der Negativzinsen hätte ein Defizit resultiert. Weil das Geld beim Bund besser angelegt war, zahlten viele die Steuern im Voraus. Der Bund hat darauf reagiert und per 2017 den Vergütungszins auf Vorauszahlungen auf Null gesenkt. (30.05.)
- **Bundesfinanzen III:** Der Nationalrat hat als Zweitrat die Staatsrechnung 2016 und die Sonderrechnungen genehmigt. Die Rechnung schloss mit einem Überschuss von rund 800 Millionen Franken - 1,3 Milliarden Franken besser als budgetiert. Die Rednerinnen und Redner zeigten sich erfreut über das positive Resultat. Viele wiesen indes darauf hin, dass ohne die Auswirkungen der Negativzinsen ein Defizit resultiert hätte. Die Debatte nutzten die Fraktionen auch dazu, ihre grundsätzlichen Positionen darzulegen. So sagte SVP-Vertreter Peter Keller (NW), die Ausgaben für die Entwicklungshilfe seien zu hoch. Alois Gmür (CVP/SZ) befand, das Ausgabenwachstum sei in vielen Bereichen übertrieben. SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen (BE) sprach sich für eine Reform der Schuldenbremse aus. (31.05.)
- **Bundesfinanzen IV:** Der Nationalrat möchte weiterhin die Überschüsse im Bundeshaushalt vollständig für den Schuldenabbau einsetzen. Eine Motion von Leo Müller (CVP/LU), die mehr gesetzlichen Spielraum verlangte, hat er mit 109 zu 81 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Idee des Motionärs war es, das Ertragsplus künftig zur Hälfte für den AHV-Ausgleichsfonds zu verwenden, sofern die Netto-Schuldenquote maximal 10 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) beträgt. Mit dem Nein des Nationalrats ist das Geschäft vom Tisch. (31.05.)
- **Tourismus:** Ein Steuerabzug für Ferien in der Schweiz, um den hiesigen Tourismus zu fördern, kommt für den Nationalrat nicht infrage. Er hat eine entsprechende Motion von Lukas Reimann (SVP/SG) deutlich abgelehnt. Mit dem Vorstoss wollte Reimann die negativen Auswirkungen des starken Frankens auf den Schweizer Tourismus teilweise kompensieren. "Ein Steuerabzug wäre unbürokratisch und wirksam", sagte er. Den Schweiz-Bonus würde aus seiner Sicht jeder Bürger beim Ausfüllen der Steuerklärung spüren. Doch Reimann konnte nur wenige Nationalräte von seinem Anliegen überzeugen. 33 Volksvertreter, mehrheitlich aus den Reihen der SVP, stimmten der Motion zu. 153 lehnten den Vorstoss ab, sechs enthielten sich der Stimme. (31.05.)
- **Steuern:** Für die direkte Bundessteuer, die Mehrwertsteuer und weitere vom Bund erhobene Steuern und Abgaben sollen einheitliche Verzugs- und Vergütungszinsen gelten. Dieser Referenzzinssatz soll zudem fest an die Marktentwicklung angebunden werden. Der Nationalrat hat einer entsprechenden Motion von Matthias Jauslin (FDP/AG) zugestimmt, mit 138 zu 49 Stimmen bei einer Enthaltung. Auf Anlagen auf Bank- und Postkonti erhalte man heute kaum mehr Zins, begründete Jauslin seinen Vorstoss. Teils würden gar Negativzinsen in Rechnung gestellt. Dennoch erhebe der Bund Verzugszinsen, die weit über den Marktkonditionen lägen. (31.05.)
- **Sprachenstreit:** Der Ständerat will eine ausserparlamentarische Kommission für Sprachenfragen ins Leben rufen. Er hat eine Motion von Stefan Engler (CVP/GR) mit 17 zu 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Nach dem Willen Englers soll sich die Kommission mit der Verständigung und dem Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften beschäftigen und den Bundesrat in allen Fragen der Sprachenpolitik beraten, die in die Kompetenz des Bundes fallen. Als nächstes befasst sich der Nationalrat mit der Motion. Stimmt auch er zu, muss der Bundesrat eine Vorlage ausarbeiten. Die Regierung lehnt eine Kommission ab, mit dem Argument, das nötige Fachwissen in der Bundesverwaltung sei bereits vorhanden. (31.05.)
- **Familienbesteuerung:** Status quo bei der Aufteilung des Kinderabzugs zwischen getrennten Eltern mit alternierender Obhut: Der Nationalrat hat mit 137 zu 40

Stimmen bei 2 Enthaltungen Nein gesagt zu einer Flexibilisierung der Besteuerung, wonach der Kinderabzug künftig auch dann hälftig auf beide Eltern aufgeteilt werden sollte, wenn Unterhaltszahlungen steuerlich geltend gemacht werden. Eine Mehrheit sprach sich für die heutige Lösung aus. Sie argumentierte, dass damit eine doppelte steuerliche Entlastung des Alimente zahlenden Elternteils verhindert werde. Auch einer Überbelastung des anderen Elternteils werde vorgebeugt, indem dieser zwar nur einen halben Kinderabzug machen könne, dafür aber auch die Alimente nicht versteuern müsse. (01.06.)

- **Debatten:** Gemäss einer erst vor kurzem neu eingeführten Regelung können die Finanzkommissionen zu Verpflichtungskrediten Mitberichte an die federführenden Sachbereichskommissionen richten und ihre Anträge in den Räten gleichberechtigt mit der federführenden Kommission vertreten. Dies soll auch so bleiben. Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) abgelehnt, welche diese Sonderstellung der Finanzkommissionen wieder abschaffen wollte. Bevor eine Bilanz über die Wirkung der neuen Regelung gezogen werden könne, sollten zuerst mehr Erfahrungen gesammelt werden, argumentierte eine Ratsmehrheit. Der Entscheid fiel mit 145 zu 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen. (01.06.)
- **Bankgeheimnis-Initiative:** Anders als der Nationalrat stellt sich der Ständerat gegen die Bankgeheimnis-Initiative. Er empfiehlt die Initiative "Ja zum Schutz der Privatsphäre" zur Ablehnung - und will auch nichts von einem Gegenvorschlag wissen. Sowohl die Initiative als auch der vom Nationalrat beschlossene direkte Gegenentwurf wollen das Bankgeheimnis in der Verfassung verankern. Damit soll sichergestellt werden, dass der automatische Informationsaustausch im Inland auch in Zukunft nicht eingeführt wird. (01.06.)
- **Finanzkrisen:** Die Schweiz soll sich weiterhin an Massnahmen zur Stabilisierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems beteiligen können. Der Ständerat hat als Zweitrat den Währungshilfebeschluss um fünf Jahre verlängert und einer Gesetzesrevision zugestimmt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte nach der globalen Finanzkrise sein Instrumentarium und seine Kreditvergabepraxis angepasst. Diesen Änderungen wird nun Rechnung getragen. (01.06.)
- **Einkaufstourismus:** Der Ständerat will den Einkaufstourismus unter die Lupe nehmen. Er hat eine entsprechende Motion stillschweigend zur Vorprüfung an die zuständige Kommission überwiesen. Werner Hösli (SVP/GL) verlangt mit seinem Vorstoss, dass Einkaufstouristen stärker zur Kasse gebeten werden. Sie sollen nicht wie heute erst ab einem Warenwert von 300 Franken die Schweizer Mehrwertsteuer bezahlen müssen, sondern bereits ab einem Einkauf von 50 Franken. Die Kommission soll nun prüfen, ob diese oder andere Massnahmen die negativen Auswirkungen des Einkaufstourismus eindämmen könnten. (01.06.)
- **Bundesverwaltung:** Der Bundesrat muss nicht von einer unabhängigen Stelle untersuchen lassen, wie viel Bundesangestellte im Vergleich zu Angestellten in der Privatwirtschaft verdienen. Der Ständerat hat eine Motion von Ruedi Noser (FDP/ZH) mit 21 zu 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Der Motionär wollte den Bundesrat auch beauftragen, auf Basis der Untersuchung zu hohe Entschädigungen anzupassen. Finanzminister Ueli Maurer wies darauf hin, dass regelmässig Lohnvergleiche erstellt würden. Diese kämen immer zum gleichen Schluss: Bei den unteren Lohnklassen lägen die Löhne der Bundesverwaltung eher über jenen der Privatwirtschaft, bei den mittleren und oberen darunter. Er habe daher "etwas Respekt vor diesem Stich ins Wespennest", sagte Maurer. Denn wenn die zu hohen Löhne angepasst würden, müssten auch die zu tiefen angepasst werden. (01.06.)
- **Start-Up:** Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative der Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Badran abgelehnt, welche die steuerliche Begünstigung von Start-ups verlangte. Ziel des Vorstosses war unter anderem die Entlastung von Jungunternehmen in den Gründerjahren sowie attraktivere Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen. Die aktuellen Regelungen bezeichnete Badran als "stossende Behinderung von Start-ups und Innovation". Die vorberatende Wirtschaftskommission hatte das Anliegen zwar unterstützt, die Initiative aber zur

- Ablehnung empfohlen, weil diese schon detaillierte Regelungen enthielt. Stattdessen schlug sie eine Motion mit der gleichen Stossrichtung vor. Badran kritisierte, dass damit eine Lösung um Jahre hinausgezögert werde. (06.06.)
- **Energie:** In der Bundesverfassung wird definitiv kein Artikel zu Energie-Lenkungsabgaben verankert. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat dagegen ausgesprochen. Der Entscheid war nur noch Formsache, eine Abstimmung erübrigte sich. Die Vorlage des Bundesrates ist damit vom Tisch. Zwar lehnen nicht alle Parteien ein Lenkungssystem grundsätzlich ab. Die Befürworter halten aber einen neuen Verfassungsartikel für unnötig oder die vorgeschlagenen Instrumente für unzureichend. Die vorberatende Kommission habe die Weiterverfolgung des Geschäftes als aussichtslos beurteilt, sagte deren Sprecher Werner Luginbühl (BDP/BE). Sie sei sich aber bewusst, dass es mit einer Ablehnung nicht getan sei. Die Energiekommissionen beider Räte hätten die Diskussion aufgenommen. (12.06.)
 - **Alkohol:** Autofahrer sollen sich künftig auch auf der Autobahn einen Schluck genehmigen können. Der Nationalrat hat eine Motion seiner Verkehrskommission angenommen, die Ausschank und Verkauf von Alkohol auf Raststätten zulassen will. Bisher hatten Sicherheitsbedenken das Parlament davon abgehalten, das seit über 50 Jahren geltende Verbot aufzuheben. Für die Mehrheit des Nationalrats wiegt nun aber der Wettbewerbsnachteil für Raststättenbetreiber schwerer. Leidtragende seien auch die Restaurantbesucher, die kein Glas Wein zum Essen trinken könnten, hiess es. Der Bundesrat hatte die Motion mit Hinweis auf die relativ tiefe Zahl von Unfällen auf Autobahnen unterstützt. Diese geht nun an den Ständerat. (13.06.)
 - **Billag:** Der Nationalrat verlangt, dass die zu Unrecht erhobene Mehrwertsteuer auf Radio- und Fernsehempfangsgebühren zurückerstattet wird, und zwar rückwirkend auf fünf Jahre. Er hat mit 126 zu 32 Stimmen bei 7 Enthaltungen einer Motion seiner Fernmeldekommission zugestimmt. Das Bundesgericht hatte im April 2015 entschieden, dass die Gebühren nicht der Mehrwertsteuerpflicht unterstehen. Das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) hat gegen diese Urteile beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht. Gegen 4500 Gesuche um Rückerstattung bis Juni 2005 sind derzeit bei der Billag sistiert. Die Nationalrat will mit der Motion verhindern, dass sich alle Gebührenzahlenden einzeln an die Justiz wenden müssen. Als nächstes entscheidet der Ständerat über den Vorstoss. (13.06.)
 - **Finanzmarkt:** Grundsätzlich ist die Schaffung eines internationalen Identifikators für Schweizer Finanzdienstleister im Parlament unbestritten. Der Ständerat hiess die Gesetzesrevision als Zweitrat in der Gesamtabstimmung ohne Gegenstimme gut. Ganz unter Dach ist die Revision damit allerdings noch nicht. Der Ständerat fordert abweichend vom Nationalrat eine eindeutigeren Formulierung der Pflichten der Unternehmer. Die nationalrätliche Fassung erwecke den Eindruck, dass sich die Unternehmen jedes Jahr aktiv um die Nummer bemühen müssten, sagte Brigitte Häberli-Koller (CVP/TG), Präsidentin der vorberatenden Kommission, im Rat. Dem sei nicht so. Die Zuteilung erfolge automatisch, sie werde aber jährlich in Rechnung gestellt. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. (13.06.)
 - **Bauern:** Der zeitweise hitzig geführte Streit um Steuerprivilegien für Bauern ist vorerst beigelegt. Der Nationalrat hat seine Pläne für den steuerfreien Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken fallen gelassen. Das Anliegen war im Ständerat chancenlos gewesen. Hintergrund ist ein Bundesgerichtsentscheid von 2011, der den steuerfreien Verkauf auf Liegenschaften nach bäuerlichem Bodenrecht beschränkte. Die bürgerlichen Fraktionen wollten diesen mit einer Gesetzesänderung rückgängig machen. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats will den Bundesrat stattdessen beauftragen, Lösungen für die unterschiedliche Besteuerung von Grundstücksverkäufen zu erarbeiten. Dieses Postulat wird voraussichtlich in der Herbstsession behandelt. (14.06.)
 - **Währungsfonds:** Die Schweiz soll rund 690 Millionen Franken bereitstellen, damit der Internationale Währungsfonds (IWF) armen Ländern günstige Kredite vergeben kann. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat grünes Licht zum Darlehen gegeben. Die grosse Kammer folgte in der Gesamtabstimmung mit 118 zu 60 Stimmen ihrer vorberatenden Kommission. Damit ist das Geschäft verabschiedet. Es

geht um eine Garantie zu einem Darlehen an den Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum. Weil für Wechselkursschwankungen ein Puffer von 113 Millionen Franken vorgesehen ist, beläuft sich der beantragte Verpflichtungskredit auf 800 Millionen Franken. Die gesamte vom IWF geplante Aufstockung ist rund 15 Milliarden Franken schwer. Der Schweizer Anteil beläuft sich auf 4,5 Prozent. Die Aufstockung ist nötig, weil der IWF im Juli 2015 die Obergrenzen der Kreditvergabe an ärmere Länder erhöht hat. (14.06.)

- **Bundesfinanzen:** Immer mehr Ausgaben des Bundes sind stark gebunden, können also nicht kurzfristig gesenkt werden, weil dazu Gesetze oder die Verfassung geändert werden müssten. Der Nationalrat will diese Ausgaben nun um 5 bis 10 Prozent reduzieren. Er hat eine Motion seiner Finanzkommission mit 107 zu 63 Stimmen angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. Kommissionssprecher Hans-Ulrich Bigler (FDP/ZH) sagte im Namen der Mehrheit, dass es in der Finanzpolitik mehr Handlungsspielraum brauche. Sonst bestehe die Gefahr, dass Aufgabengebiete mit schwach gebundenen Ausgaben wie Landwirtschaft und Bildung innerhalb des Bundeshaushalts marginalisiert würden. Gegen den Vorstoss stellten sich die Vertreter der SP, Grünen und der CVP. Für sie ist die Motion nicht zielführend. Sie ziele auf einen Abbau bei AHV, IV, Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen. (14.06.)
- **Zoll:** Der Nationalrat hat einen Gesamtkredit von 393 Millionen Franken für das Informatikprojekt DaziT der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) ohne Gegenstimme genehmigt. Nun ist der Ständerat am Zug. Die grosse Kammer folgte ihrer vorberatenden Finanzkommission. Diese hatte vor ihrer einstimmigen Zustimmung zur Vorlage aber Zusatzinformationen von der Verwaltung verlangt. Das mündete in einer Änderung des Bundesbeschlusses. Demnach sollen die Kreditteile gestaffelt freigeben werden, weil die Planung noch viele Unsicherheiten aufweist. Die Notwendigkeit des Projektes war im Nationalrat aber unbestritten. DaziT soll den Zoll ins digitale Zeitalter überführen. Das soll insbesondere die Wirtschaft entlasten, da die Kosten für die Zollverfahren gesenkt werden können. (14.06.)
- **Panama Papers:** Der Nationalrat sieht in Sachen Panama Papers keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Die grosse Kammer hat drei Vorstösse der Grünen-Fraktion deutlich abgelehnt. Eine Mehrheit weist auf bereits getroffene Massnahmen hin und plädiert für ein international koordiniertes Vorgehen. Mit dem Nein sind die Geschäfte vom Tisch. Nur die Ratslinke hielt es für angezeigt, neue Regeln anzustossen. Die Grünen wollten diverse Lücken im Geldwäschereigesetz schliessen. Anwälte, die als Berater von Trusts arbeiten, sollten beispielsweise dem Gesetz unterstellt werden. Die Fraktion hatte zudem eine Aufweichung des Anwaltsgeheimnisses bei Missbrauchsvorwürfen zum Ziel. (14.06.)
- **Steuerschlupflöcher:** Der Bundesrat muss nicht darlegen, wie die Transparenz bei juristischen Personen, bei Rechtskonstruktionen wie Trusts und vergleichbaren Rechtsinstituten und Offshore-Konstruktionen verbessert werden kann. Der Nationalrat hat en Vorstoss von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL) mit dieser Forderung abgelehnt, mit 135 zu 52 Stimmen bei einer Enthaltung. Die Postulantin wollte weiter erreichen, dass diese Informationen öffentlich zugänglich sind. Eine Mehrheit hielt das für unnötig und folgte der Argumentation von Finanzminister Ueli Maurer. Demnach hat die Schweiz bereits Massnahmen in diese Richtung ergriffen. Die geltenden Bestimmungen genügten. Jedoch sehe der Bundesrat "keine Notwendigkeit, jedermann den öffentlichen Zugang zu dieser Art von Informationen zu ermöglichen". (14.06.)
- **Unternehmen:** Der Nationalrat möchte die steuerliche Situation von Start-ups und deren Mitarbeitenden verbessern. Er hat eine Motion seiner Wirtschaftskommission mit diesem Anliegen angenommen, mit 122 zu 48 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Finanzminister Ueli Maurer hatte den Rat vergeblich darauf hingewiesen, dass sich bereits eine Arbeitsgruppe mit dem Thema beschäftige. Diese sollte demnächst einen Bericht vorlegen. Der Bundesrat werde dann allenfalls konkrete Massnahmen vorschlagen. (14.06.)

- **Banken:** Italienische Treuhandgesellschaften, die der Steuersicherung dienen, sollen von der Umsatzabgabe befreit werden. Das hat der Nationalrat einstimmig beschlossen. Ziel ist es, die Schweizer Banken wettbewerbsfähiger zu machen, vor allem jene im Kanton Tessin. Sind die Wertschriften nämlich bei einer italienischen Bank deponiert, ist keine Umsatzabgabe geschuldet. Finanzminister Ueli Maurer geht von Mindereinnahmen von rund 10 Millionen Franken aus. Diese Ausfälle sollen dank der Befreiung von der Stempelabgabe mehr als wettgemacht werden. (14.06.)
- **Finanzen:** Das Parlament verlangt vom Bundesrat, die Rechnungslegung so anzupassen, dass das Bild des Finanzhaushalts möglichst die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage spiegelt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine Motion mit dieser Forderung stillschweigend angenommen. Diese stammt von Ständerat Peter Hegglin (CVP/ZG). Hintergrund ist der Überschuss des Bundes für das Jahr 2016. Dieser geht auf Vorauszahlungen bei der direkten Bundessteuer zurück und entspricht daher nicht der tatsächlichen Ertragsituation des betreffenden Jahres. Der Bundesrat muss auch prüfen, ob sich Vorteile ergeben, wenn die Haushaltsteuerung über die Erfolgsrechnung anstelle der Finanzierungsrechnung erfolgt. Dies soll die Lesbarkeit der Finanzierungsrechnung verbessern. (14.06.)
- **Erbschaftssteuer:** Der Bundesrat muss kein neues Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich aushandeln. Der Nationalrat hat eine Motion von Jean-Luc Addor (SVP/VS) abgelehnt. Der Entscheid fiel allerdings äusserst knapp aus, mit 93 zu 92 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Frankreich hatte das Erbschaftssteuerabkommen mit der Schweiz auf Ende 2014 gekündigt, nachdem das Schweizer Parlament ein vom Bundesrat neu ausgehandeltes, revidiertes Abkommen abgelehnt hatte. Damit herrscht seit 2015 zwischen der Schweiz und Frankreich in Sachen Doppelbesteuerung von Erbschaften ein vertragsloser Zustand. Davon seien Hunderttausende betroffen, sagte Addor. Der Bundesrat wollte indes nichts von neuen Verhandlungen wissen. "Wir werden kein besseres Ergebnis erzielen, wenn Frankreich überhaupt zu Verhandlungen bereit ist", sagte Finanzminister Ueli Maurer. (14.06.)
- **Moratorium:** Der Nationalrat will nichts von einem Moratorium für den Verkauf von Zollgebäuden und deren Nebengebäuden wissen. Er hat eine entsprechende Motion von Roger Golay (MCG/GE) abgelehnt, mit 118 zu 64 Stimmen. Golay begründete seinen Vorstoss mit dem "beträchtlichen Zustrom von Flüchtlingen". Finanzminister Ueli Maurer betonte im Rat, der Bund verkaufe keine Gebäude, die für die Sicherheit wichtig oder für den Zoll oder das Grenzwachtkorps von strategischer Bedeutung seien. Es gebe aber viele Gebäude, die seit Jahren nicht mehr benötigt würden. Es gebe nichts Teureres als ein Gebäude, das nicht mehr benutzt werde, weil die Unterhaltskosten dann entsprechend stiegen. (14.06.)
- **Budget:** Der Bundesrat muss keinen Bericht zu einem ausgeglichenen Budget vorlegen. Der Nationalrat hat ein Postulat von Thomas Burgherr (SVP/AG) abgelehnt, mit 123 zu 64 Stimmen. Burgherr hatte einen umfassenden Bericht dazu verlangt, wie ab 2020 ein zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenes Budget ohne Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie ohne Kostenabwälzung auf die Kantone möglich wäre. Im Bericht sollten mögliche Massnahmen und allenfalls nötige gesetzliche Anpassungen aufgeführt werden. Was Burgherr fordere, werde faktisch bereits erfüllt, mit der jährlichen Finanzplanung, sagte Finanzminister Ueli Maurer im Rat. Die Schuldenbremse dürfe nicht angetastet werden, das sei klar. (14.06.)
- **Nachtragskredite:** Das Parlament gewährt der Bundesanwaltschaft keinen Nachtragskredit. Auch die Steuerverwaltung erhält keine zusätzlichen Mittel im laufenden Jahr. Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat ist hart geblieben und hat den Antrag der Einigungskonferenz mit 100 zu 90 Stimmen abgelehnt. Damit gilt der tiefere Betrag, zwei Kredite werden also nicht gewährt. Es handelt sich zum einen um einen Zusatzkredit von 10 Millionen Franken für das Informatikprojekt FISCAL-IT der Steuerverwaltung, zum anderen um einen Nachtragskredit für die Bundesanwaltschaft im Umfang von 700'000 Franken. Der Ständerat hätte beide Kredite gewähren wollen. (15.06.)

- **Mehrwertsteuer:** In den Schlussabstimmungen genehmigten der Nationalrat (mit 180 zu 12 Stimmen) und der Ständerat (mit 39 zu 0 Stimmen) die Änderung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer, mit der das Steuerprivileg für Hotels um zehn Jahre bis 2027 verlängert wird. (16.06.)
- **Länderbezogene Berichte I:** Mit 129 zu 64 Stimmen (Nationalrat) und 37 zu 5 Stimmen (Ständerat) hiessen die Eidgenössischen Räte in den Schlussabstimmungen den Bundesbeschluss über die Genehmigung der Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte gut, mit welchem multinationale Konzerne zu Transparenz verpflichtet werden. (16.06.)
- **Länderbezogene Berichte II:** Die Eidgenössischen Räte verabschiedeten mit 196 zu 0 Stimmen (Nationalrat) und 43 zu 0 Stimmen (Ständerat) das Bundesgesetz über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne, in dem die Sanktionen bei ungenügender Transparenz geregelt werden. (16.06.)